



Nr. 1

16. Januar 2015

Inhalt

[dbb Jahrestagung 2015: Verfassung ohne Verfallsdatum –
Gesellschaft im Wertewandel](#)

[Russ stimmt auf schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein](#)
[Öffentlicher Dienst: Personalmangel ist wie ein Tsunami am
Horizont](#)

[Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung:
Öffentliche Investitionen brauchen einen starken öffentlichen Dienst](#)
[Sicherheitsmängel am Frankfurter Flughafen -
dbb stellt Privatisierung von Polizeiaufgaben in Frage](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW warnt Finanzminister vor handwerklichen Fehlern](#)
[Altersdiskriminierende Besoldung: sbb prüft
Verfassungsbeschwerde](#)

[dbb Hessen protestiert gegen Einsparvorhaben des Landes](#)
[Thüringen: tbb trifft Ministerpräsident Ramelow
zum Auftaktgespräch](#)

[dbb rheinland-pfalz: Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden](#)

[BDZ: Mehr Personal für Kontrolle des Mindestlohns](#)

[DPoLG-Chef Wendt fordert Investitionen bei den
Sicherheitsbehörden](#)

[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert mehr Streifen an Bahnhöfen](#)

[VBE: Handschrift muss im Lehrplan bleiben](#)

[VDR begrüßt Pläne zur Stärkung der Beruflichen Bildung](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Jahrestagung 2015: Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel

(dbb) Vom 11. bis 13. Januar 2015 hat in Köln die dbb Jahrestagung stattgefunden. Das Thema „Verfassung ohne Verfallsdatum – Gesellschaft im Wertewandel“ erreichte durch die Terroranschläge auf Meinungsfreiheit und Pluralismus in Frankreich zusätzlich eine beklemmende Aktualität. Diskutiert wurden auch die Themen Tarifeinheit, Einkommensrunde und Gewaltprävention.

Mit Kritik an der Bundesregierung eröffnete dbb Chef Klaus Dauderstädt am 12. Januar 2015 vor rund 750 Gästen die Jahrestagung: „Die Ablehnung des Bundesinnenministers, die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Rente systemkonform auf die Beamtenversorgung zu übertragen, ist ungerecht und inakzeptabel.“ Bei Verschlechterungen im Rentenrecht habe die Übertragung immer „prima funktioniert“. Kaum werde aber etwas Positives verkündet, „kommt die Übertragung plötzlich nicht mehr in Frage.“

Mit dem geplanten Gesetz zur Tarifeinheit verstoße die Bundesregierung sogar eindeutig gegen das Grundgesetz. Dauderstädt: „Es geht um ein Grundrecht. Es geht um Gewerkschaftspluralität in Deutschland.“ Weil der Gesetzentwurf zur Tarifeinheit das Wort „Streikrecht“ nicht einmal erwähnt, müsse sich die Bundesregierung der „Feigheit“ bezichtigen lassen, so Dauderstädt. „Denn die Verantwortung für das eigentlich gewollte Ergebnis wird auf die dritte Gewalt verlagert. Es sollen Arbeitsrichter sein, die einen Arbeitskampf einer kleineren Gewerkschaft als unverhältnismäßig deklarieren, wenn er auf das rechtlich unmögliche Ziel gerichtet ist, gegen das Gebot des Tarifeinheitgesetzes, nur den Tarifvertrag der größeren Gewerkschaft anzuwenden, einen eigenen Tarifvertrag durchzusetzen.“ Das Mehrheitsprinzip werde dem Betriebsfrieden großen Schaden zufügen: „Es ist geradezu ungeheuerlich, dass der Gesetzgeber es der Aggressivität oder Toleranz der größeren Gewerkschaft im Betrieb überlassen will, die klei-

nere als Tarifpartner auszuschalten und damit langfristig zu vernichten.“

Zu begrüßen sei hingegen, dass die Bundesregierung – anders als die meisten Länder – das Tarifiergebnis 2014 Eins-zu-Eins auf die Bundesbeamten und Versorgungsempfänger übertragen habe: „Hier hat der Bundesinnenminister Wort gehalten, und das war gut so“, sagte Dauderstädt.

Weiteres zentrales Thema der Jahrestagung war die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. „Zu unserem großen Erschrecken sind Gewalttaten gegen Staatsbedienstete inzwischen in vielen Bereichen präsent und virulent“, so der dbb Chef. „Wir brauchen bei Bedarf Kontroll- und Überwachungsgeräte, ohne jede Behörde gleich in einen Hochsicherheitstrakt zu verwandeln. Und wir brauchen den Umbau von unübersichtlichen Einzelbüros in besser einsehbare und mit der Umgebung vernetzbare Einheiten. Außerdem müssen die Beschäftigten besser in Gewaltprävention und Deeskalation geschult werden.“

Generell forderte der dbb Bundesvorsitzende von der Politik mehr „Rückendeckung“ für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, „deren Arbeitsbelastung sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat und die sich nicht selten von ihren Arbeitgebern und Dienstherren im Stich gelassen fühlen.“

Bundesinnenminister fordert „Fehlerkultur und Fürsorgepflicht“

Bundesinnenminister Thomas de Maizière regte in seiner Rede eine neue Fehlerkultur im öffentlichen Dienst an. „Es werden auch Fehler gemacht. Nur wenn wir das offen und ehrlich benennen, können wir aus Fehlern lernen“, sagte der CDU-Politiker. Dies gelte für das „Fehlverhalten einzelner Beschäftigter, bei

denen die Haltung im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern nicht stimmt“, als auch für falsche Strukturen, die zu verlorenem Vertrauen gegenüber dem Staat führten. Der Staat als Arbeitgeber müsse sich aber auch schützend vor die Beschäftigten stellen. „Das ist Ausdruck unserer Fürsorgepflicht“. Dies gelte bei unan-

gemessener Kritik und bei Angriffen, da die Beschäftigten „als Stellvertreter der Politik“ oft Konflikte abbekämen.

Niemand erwarte von den Bürgern „einen Untertanengeist gegenüber den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst. Aber ein Grundmaß von Respekt, von Höflichkeit, von normalem Verhalten, auch bei negativen Entscheidungen aus Bürgersicht, das kann man schon erwarten“, stellte der Bundesinnenminister klar und erinnerte daran, dass es für die Betroffenen auch eine Mitwirkungspflicht gebe: „Bei Verwaltung muss man halt auch mitmachen. Das ist nicht nur eine einseitige Service-Leistung.“

NRW-Finanzminister: Verwaltung muss bürgerorientierter arbeiten

„Verwaltung und Politik haben in unserem Land viele Dinge möglich gemacht, von denen die Bürger stark profitieren. Deshalb ist es wichtig, der Frage nachzugehen, warum es immer häufiger Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gibt“, sagte NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans in seinem Grußwort. Seine Empfehlung, die er ausdrücklich als Staatsdiener abgibt: „Wir müssen bürgerorientierter vorgehen und dem Eindruck staatlichen Willkürhandelns entschiedener entgegentreten. Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern mit offenem Visier begegnen, gelingt es vermutlich eher, unsere Ordnungsprinzipien zu kommunizieren. Dazu gehört, das Bewusstsein zu vermitteln, dass staatliches Handeln an gewissen Stellen auch Grenzen setzen darf. Und dass die viel geschmähte Bürokratie letztlich ein Garant ist, dass alle gleich behandelt werden.“

Auch im Umgang von Bund und Ländern und mit den Tarifpartnern hält Walter-Borjans eine

Der öffentliche Dienst habe in der Vergangenheit bereits bewiesen, wie leistungsfähig er bei der Bewältigung sich verändernder Rahmenbedingungen sei. Als Beispiel nannte de Mai-zière die Wiedervereinigung, obwohl es dabei „natürlich auch mal geknirscht“ habe. „Trotz allem: Wir haben diese Zeit zusammen gut gemeistert.“ Daher sei es an der Zeit, sich „für die Aufbauleistung des öffentlichen Dienstes in den Kommunen, den Ländern und der Bundesverwaltung im Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands herzlich zu bedanken“. Gleiches gelte auch für jene, die sich in Zeiten steigender Flüchtlingszahlen „um das Thema Asyl mit Herz und Sachverstand kümmern“.

neue Rede- und Streitkultur für wünschenswert. „Gerade wenn es um finanzielle Fragen geht, sollte offen diskutiert werden, ohne dass die Fähigkeit zum Dialog verloren geht“, sagte Walter-Borjans mit Blick auf den Länderfinanzausgleich, der sein Bundesland zu hohen Abgaben verpflichte, während es selbst seinen Haushalt nicht konsolidieren könne. „Wir können unter dem Diktat der Schuldenbremse so nicht weitermachen.“ Weit auseinander liegende Positionen erwartet der NRW-Finanzminister auch für die Mitte Februar beginnende Tarifrunde der Länder: „Auf der Grundlage von fast Null Inflation werden Länder und Gewerkschaften mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen antreten.“ Letztlich gehe es darum bei „einer guten Gesprächskultur“ zu bleiben. Nur so gelinge es, die Länderhaushalte so aufzustellen, dass die Verwaltung ihren Aufgaben etwa für Sicherheit und Infrastruktur nachkommen und angemessen bezahlte und motivierte Mitarbeiter beschäftigen könne.

Abgeordnete: Ausgestaltung des Tarifeinheits-Gesetzes noch am Anfang

Wie in jedem Jahr haben innenpolitische Experten der Bundestagsfraktionen über die Fortentwicklung des öffentlichen Dienstes diskutiert. Bezüglich der Ausgestaltung des vom dbb und seinen Fachgewerkschaften entschieden abgelehnten Tarifeinheits-Gesetzes, mit dem die Bundesregierung die Handlungsfreiheit kleinerer Gewerkschaften beschneidet, herrscht auf parlamentarischer Ebene noch erheblicher Gesprächsbedarf. Beim Hauptthema der von der Fernsehjournalistin Dunja

Hayali moderierten Podiumsdiskussion der Innenpolitik-Experten zeigte sich, dass sogar die Vertreter der Großen Koalition als Initiatoren des Gesetzentwurfes den Zweck ihrer Initiative unterschiedlich bewerteten.

„Ich gehe davon aus, dass in Sachen gesetzlich verordneter Tarifeinheit noch viel machbar ist“, bekannte Armin Schuster von der CDU/CSU-Fraktion und ermunterte den dbb, seinen Widerstand gegen das Vorhaben weiter in die

politische Diskussion zu tragen. Er empfehle Befürwortern wie Gegnern des Gesetzentwurfes: „Betrachten Sie das Problem durch beide Brillen. Wir werden das Gesetz so gut machen, dass es eine Lösung geben wird, die aber nicht nur eine Seite – etwa allein die Gewerkschaften – zufrieden stellt.“ Mahmut Özdemir von der SPD-Fraktion hingegen erklärte entschieden, dass das Streikrecht nicht angetastet werden solle. „Ich werde meine Pflicht als Parlamentarier wahrnehmen und das Gesetz entsprechend prüfen.“ Zur Frage, wie in einem so genannten „Betrieb“ die mitgliederstärkere Gewerkschaft ermittelt werden solle, sagte Özdemir: „Ich habe auch keine Lösung.“

Steinbrück: Gesellschaft muss Grundgesetz weiterentwickeln

Der ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück forderte in seinem Vortrag eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Weiterentwicklung des Grundgesetzes. Es habe in seiner ersten Fassung auch „Wirklichkeit im Nachkriegs-Deutschland durch die Macht des Wortes erschaffen“. Diese Wirklichkeit müsse aber immer neu ausgestaltet werden, da viele Entwicklungen der heutigen Zeit, wie die Digitalisierung der Gesellschaft, beim Verfassen des Grundgesetzes noch nicht absehbar gewesen seien. Die Organisation dieser gesellschaftlichen Debatte brauche einen handlungsfähigen Staat mit einer funktionierenden Verwaltung. „Denn bei vielen Bürgern stellt sich die Frage, ob das Staatswesen, über das diskutiert werden soll, beispielsweise sein Justiz- und Gewaltmonopol nicht bereits verloren hat“, so Steinbrück. Die Folge sei ein Rückzug ins Private und ein Verlust demokratischer Substanz.

Herrmann: Staat muss seine Beschäftigten besser schützen

Mehr Schutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor psychischer und physischer Gewalt forderte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU). „Der Rechtsstaat muss die schützen, die uns schützen – das gilt für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.“ Zudem forderte er in seinem Vortrag eine systematische und bundesweite Erfassung von Gewaltdelikten gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Herrmann begrüßte daher ausdrücklich, dass sich die Innenministerkonferenz auf Anregung des Bundesinnenministers um die Erstellung eines solchen Gesamtlagebildes bemühen und aufgrund dessen

„Wir hatten zunächst eine weitere Zersplitterung der Tarifeinheit befürchtet, halten den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf aber für komplett verfassungswidrig“, so die Einschätzung der Bündnis90/Grünen Irene Mihalic. „Es kann nicht sein, dass von der Großen Koalition Gesetze auf den Weg gebracht werden, die es kleineren Gewerkschaften unmöglich machen, ihre Arbeit zu tun.“ Frank Tempel von der Fraktion Die Linke hingegen stellte klar, dass die gesetzlich verordnete Tarifeinheit eine Schwächung des Streikrechts bedeuten würde: „Kleine Gewerkschaften sollen so durch die Hintertür entmachtet werden.“

Als Ursachen für diese Skepsis der Bürger nannte Steinbrück die Internationalisierung der Politik, sinkende fiskalische Spielräume zur Politikgestaltung und die wachsende Ungleichheit im Hinblick auf ökonomische Teilhabe und politische Einflussmöglichkeiten in der Gesellschaft. Die Internationalisierung der Politik sei angesichts internationaler Krisen und einer globalisierten Welt nicht aufzuhalten. Die Möglichkeiten, fiskalische Spielräume zu sichern und Ungleichheit zu bekämpfen, gebe es aber in der nationalen Politik noch. Um diese zu nutzen und die demokratische Mehrheitsfindung zu organisieren seien auch die oft kritisierten Parteien immer noch unersetzlich. „Wir dürfen die Entstehung von Parallelgesellschaften, die es – ökonomisch gesehen – nicht nur im Souterrain sondern auch im Penthouse der Gesellschaft gibt, nicht hinnehmen.“

Überlegungen zur Verbesserung des Beschäftigtenschutzes anstellen wolle.

Als Maßnahmen zur Verbesserung des Schutzes für Beschäftigte vor Gewalt nannte Bayerns Innenminister neben entsprechend sicherer moderner Ausrüstung und baulichen Maßnahmen in Behörden und Verwaltungen eine optimierte Qualifikation für Konfliktsituationen. Zudem müsse über eine verbesserte Nachsorge für von Gewalt jeder Art betroffene Beschäftigte nachgedacht werden. „Auch hier brauchen wir mehr Beistand, auch das gehört zur Fürsorge des Dienstherrn“, so Herrmann. Ebenso sollte die Personalausstattung entspre-

chende Erholungszeiten für alle Bediensteten zulassen, um regelmäßig ausreichend Zeit für Verarbeitung des im Dienst Erlebten zu haben. Positiv bewertete Herrmann auch die 2011 auf

eine Bundesratsinitiative hin erfolgte Erhöhung des Strafmaßes für den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte von zwei auf drei Jahre.

Podiumsdiskussion „Gewalt im öffentlichen Dienst“

Mit einem nachhaltig gestalteten Beschäftigtenschutz sollte Übergriffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Behörden und Verwaltungen begegnet werden. So das Fazit der Podiumsdiskussion mit Professor Bernhard Frevel von der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW und Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, am Morgen des zweiten Tagungstages. DPoIG-Chef Wendt forderte, den Beschäftigtenschutz als verpflichtende Führungsaufgabe zu installieren. „Aktuell leben wir davon, dass es Dienststellen- und Behördenleiter gibt, die sich aus eigenem Antrieb um den Schutz ihrer Kolleginnen und Kollegen kümmern, sie müssen es aber nicht. Das muss sich ändern“, so Wendt. Die Umsetzung von Beschäftigtenschutzmaßnahmen solle auch Beurteilungskriterium für Führungskräfte sein.

Gewaltprävention sei Bürgermeisterpflicht. Und sie gehe hinunter bis zum einzelnen Mitarbeiter, der keine persönliche Angriffsfläche bieten sollte, erklärte Frevel. In der Studie „Sicherheit und Gewaltprävention in Kommunalverwaltungen“ hatten Frevel und sein Team die alltäglichen Gewalterfahrungen und deren Folgen untersucht: Beleidigungen, Bedrohungen und Konfliktgespräche. Betroffen von Gewaltatta-

cken seien vor allem Beschäftigte in Jobcenter, Dienststellen der Sozial-, -Jugend- und Ordnungsämter, bei Vollzugsdiensten, Rettungsdiensten, Feuerwehr, Stadtordnungsdiensten, Bus- und Bahnfahrer sowie Verkehrsüberwachungskräfte.

Einhellig begrüßten Frevel und Wendt die Absicht der Innenministerkonferenz, flächendeckende Lagebilder zum Übergriffgeschehen auf öffentlich Beschäftigte zu erstellen. „Auf dieser Grundlage müssen wir einheitliche Maßnahmen und Standards zur Gewaltvermeidung entwickeln“, forderte Wendt. Neben baulichen und organisatorischen Maßnahmen betonten Frevel und Wendt die Bedeutung von regelmäßigem Kommunikations- und Deeskalationstraining sowie interkultureller Kompetenz. „Diese Dinge müssen Bestandteil von Aus- und regelmäßiger Fortbildung sein, denn wir wissen aus dem Bereich der Polizei, dass geschulte Kommunikatoren brenzlige Lagen sehr gut entschärfen und gewaltfrei lösen können“, erläuterte Wendt. Frevel unterstrich mit Blick auf die Arbeitsschutzbeauftragten: „Sie sind überfordert, weil sie bislang ausschließlich für technische Gefahren zuständig sind. Für Security-Aufgaben wurden sie nicht geschult, auch das muss sich ändern.“

dbb Chef: „Wir haben gute Ergebnisse für unsere Mitglieder erzielt“

dbb Chef Klaus Dauderstädt zeigte sich angesichts der „offenen Diskussionen und der fairen Streitkultur“ zufrieden mit dem Verlauf der 56. dbb Jahrestagung. „Wir haben gute Ergebnisse für unsere Mitglieder erzielt: Die Zusage des Bundesinnenministers zur Übertragung der Familienpflegezeit auf die Beamtinnen und Beamten ist erfolgt.“ Auch bei der Übertragung der „Mütterrente“ werde man im Gespräch

bleiben. „Die Sensibilisierung der politischen Entscheider für das Thema Tarifeinheit sowie mehr öffentliche Aufmerksamkeit für das große Problem der Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes waren ebenfalls wichtig Anliegen für uns. Das haben wir erreicht“, sagte Dauderstädt.
(01/01/15)

Russ stimmt auf schwierige Einkommensrunde mit Ländern ein

(dbb) Im öffentlichen Dienst der Länder steht eine harte Einkommensrunde an. Erste informelle Gespräche mit Ländervertretern ließen auf eine „sehr schwierige Einkommensrunde“ schließen, sagte Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, der Nachrichtenagentur „dpa“ am 13. Januar 2015 am Rande der dbb-Jahrestagung in Köln.

Der dbb und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die gemeinsam in die Verhandlungen gehen, fordern unter anderem 5,5 Prozent mehr Geld, mindestens aber 175 Euro, die Erhöhung der Azubi-Entgelte um 100 Euro, eine dauerhafte Übernahme aller Ausgelerten, eine Entgeltordnung für Lehrer sowie ein Verbot von sachgrundloser Befristung. Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für die rund 800.000 Arbeitnehmer der Länder (ohne Hessen, das nicht Mitglied der TdL ist) starten am 16. Februar und gehen nach einer Fortsetzung Ende Februar am 16. und 17. März in Potsdam in die voraussichtlich entscheidende Runde. Die Gewerkschaften fordern zudem eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die 1,9 Millionen Beamten und Pensionäre in den Ländern.

dbb-Vize Russ, der die Verhandlungen für den dbb führen wird, warnte die Tarifgemeinschaft: „Wenn es nicht keine Einigung gibt in dieser Runde, dann wird das eng“, denn es gebe keine Schlichtungsvereinbarung mit den Ar-

beitgebern der Länder. Als besondere Problematik der diesjährigen Tarifrunde nannte Russ den Lehrerbereich: Bisher gibt es für die Pädagogen keinen Tarifvertrag, die Länder können bei der Bezahlung jeweils selbst entscheiden. Hier werde bereits seit März verhandelt, erläuterte Russ. Noch im Januar gebe es zwei Runden, „so dass wir davon ausgehen, dass wir mit einem fertigen Paket in die Einkommensrunde hineingehen“.

Mit Blick auf das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Tarifeinheit bleibt der dbb bei seinem Konfrontationskurs zur Koalition. „Es wird mit uns auch keine irgendwie geartete kleine Lösung geben können“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt der dpa am 13. Januar 2015 in Köln. Auch falls die Regierung im parlamentarischen Verfahren versuchen werde, den Gesetzentwurf irgendwie praktikabler zu machen, bleibe er aus Sicht des dbb verfassungswidrig. Der dbb sei bereit und fähig zur Klage in Karlsruhe, kündigte Dauderstädt an.
(02/01/15)

Öffentlicher Dienst: Personalmangel ist wie ein Tsunami am Horizont

(dbb) Mit eindringlichen Worten hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt vor wachsendem Personalmangel im öffentlichen Dienst gewarnt. Wie bei einem Tsunami seien erste Anzeichen bereits spürbar. „Die Welle ist schon sichtbar am Horizont. Wir liegen aber noch am Strand, blicken in die Ferne und wundern uns, wie lustig die Schiffe hinten auf dem tobenden Meer schaukeln“, sagte Dauderstädt der Zeitung „Die Welt“ (Ausgabe vom 4. Januar 2015).

Nach Berechnungen des dbb fehlen bereits heute mehr als 170.000 Stellen im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Kommunen. „Die geringere Bezahlung ist einer der Hauptfaktoren“, erklärte der dbb Chef. Der Ärztemangel in den Gesundheitsämtern sei ein passendes Beispiel, weil dort die Bezahlung deutlich hinter der in der Privatwirtschaft zurückbleibe. Auch deshalb fehlten bereits 2.000 Fachärzte im öffentlichen Dienst. „Man könnte den Ärzten außertarifliche Zulagen zahlen. Aber für einen Arzt mal einen Tausender draufzulegen, dagegen wehren sich die Kom-

munen.“ Dauderstädt erinnerte in diesem Zusammenhang an das Fachkräftegewinnungsgesetz des Bundes, das es ermöglicht, Zulagen für besonders benötigte Fachkräfte zu zahlen. Er sei überzeugt, dass „es wird mehr solcher Lockerungen im System geben müssen“.

Sollte sich an der bisherigen Praxis nicht bald etwas ändern, könnten die Ansprüche der Bürger an einen funktionierenden Staat nicht mehr erfüllt werden, fürchtet der dbb Bundesvorsitzende. „Wenn wir den nächsten Lebensmittelkandal haben und feststellen, dass wir

zu wenig Lebensmittelkontrolleure im Einsatz haben, spätestens dann werden wir realisie-

ren: Die Tsunami-Welle ist angekommen.“ (03/01/15)

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung: Öffentliche Investitionen brauchen einen starken öffentlichen Dienst

(dbb) Die Spitze des dbb ist am 9. Januar 2015 in Berlin mit führenden Vertretern der Bundesministerien für Wirtschaft und Energie, für Arbeit und Soziales sowie der Finanzen zusammen gekommen, um sich über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung auszutauschen.

„Der dbb begrüßt die verstärkten Investitionsbemühungen der Bundesregierung. Öffentliche Investitionen beispielsweise in die Verkehrsinfrastruktur oder den Bildungssektor können ihre volle Wirkung aber nur entfalten, wenn der öffentliche Dienst über genügend qualifizierte und motivierte Arbeitnehmer verfügt,“ erklärte der 2. Vorsitzende des dbb Willi Russ.

Bei dem Treffen im Rahmen regelmäßiger Konsultationen zur Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichts der Bundesregierung erläuterte die Staatssekretäre im Bundeswirtschaftsministerium, Rainer Sontowski, und im Bundesarbeitsministerium, Jörg Asmussen, die Kernpunkte der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung. Hierzu gehöre die wachstumsorientierte Konsolidierung.

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung forcierten Aus- und Weiterbildungskampagne zur Fachkräftesicherung forderte der stellver-

tretende dbb Bundesvorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik Hans Ulrich-Benra die Einbeziehung des öffentlichen Dienstes: „Der demografische Wandel macht sich bei den öffentlich Beschäftigten besonders bemerkbar. Es gibt viele Ältere und zu wenige Junge. Hier gilt es, bei der Fachkräftegewinnung nicht zurückzufallen.“

Der dbb Vize und Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft Thomas Eigenthaler mahnte eine zügige Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur Erbschaftsteuer auf Unternehmen an: „Die Wirtschaft und die Finanzbehörden brauchen hier schnell Rechtssicherheit. Eine mögliche höhere Besteuerung könne zum Erhalt von Arbeitsplätzen im vererbten Unternehmen durch weitreichende Stundungsregelungen sicher gestellt werden,“ so Eigenthaler.

(04/01/15)

Sicherheitsmängel am Frankfurter Flughafen - dbb stellt Privatisierung von Polizeiaufgaben in Frage

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat kritisiert, dass Sicherheitsaufgaben am Frankfurter Flughafen in großem Stil an private Dienstleister übertragen werden. „Wir haben hier eine echte Polizeiaufgabe vor uns“, sagte der dbb Chef, am 22. Dezember 2014 der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Berlin.

Die Aufgabe dürfe laut Gesetz zwar auch auf private Dienstleister übertragen werden. „Doch angesichts der Prüfungsergebnisse mache ich ein großes Fragezeichen, ob es wirklich richtig ist, primäre Sicherheitsaufgaben des Staates in private Hände zu geben,“ erklärte Dauderstädt.

Privatunternehmen hätten vor allen das Ziel, ein profitables Geschäft zu machen. Das sei legitim, dürfe aber nicht dazu führen, dass sicherheitsrelevante Aufgaben nicht mehr or-

dentlich ausgeführt würden, mahnte Dauderstädt. „Die personelle Ausstattung und Qualifikation im öffentlichen Dienst ist hochkarätiger als in einer Privatfirma.“ Er sei besorgt, wenn hier Defizite entstehen. Die EU-Kommission hatte Sicherheitsmängel in Frankfurt entdeckt.

„Eine Menge Institutionen in diesem Land kümmern sich inzwischen selbst um ihre Sicherheit“, so Dauderstädt. „Das hat auch den Grund, dass die Polizei häufig mit anderen

Aufgaben betraut ist, mit Großveranstaltungen
etwa oder dem Objektschutz.“ (05/01/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW warnt Finanzminister vor handwerklichen Fehlern

(dbb) Auf der 56. dbb Jahrestagung hat sich der NRW-Finanzminister Norbert Walter-Borjans am 12. Januar 2015 für die Dialogbereitschaft des DBB NRW im Rahmen der Besoldungsgespräche im vorangegangenen Jahr bedankt. Konkrete Zusagen hinsichtlich der anstehenden Einkommensrunde vermied er jedoch. Entsprechend enttäuscht reagierte Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW.

„Wieder eine Chance vertan, verlorenes Vertrauen ein Stück weit zurück zu gewinnen,“ kritisierte der dbb Landeschef. „Der nordrhein-westfälische Beamtenbund hatte den Finanzminister zuvor aufgefordert, eindeutig Stellung zur möglichen Übertragung der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich in Nordrhein-Westfalen zu beziehen.

Walter-Borjans hatte erklärt, sich 2014 „wie in einem Schraubstock“ gefühlt zu haben. Einer

seits die Entscheidung des NRW-Verfassungsgerichtshofs, dass das Besoldungsgesetz für verfassungswidrig erklärt habe. Andererseits die drohende Schuldenbremse. Staude warnte die Landesregierung vor dem Hintergrund der vorgetragenen Finanzsorgen: „Machen Sie nicht wieder handwerkliche Fehler mit Revanche-Kompensationen anderswo im öffentlichen Dienst.“

(06/01/15)

Altersdiskriminierenden Besoldung: sbb prüft Verfassungsbeschwerde

(dbb) Der Sächsische Beamtenbund (sbb) will die Urteile des Bundesverwaltungsgerichtes zur altersdiskriminierenden Besoldung einer Prüfung unterziehen und gegebenenfalls Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Das teilte der sbb am 5. Januar 2015 mit. Beurteilt werden soll unter anderem die siebenjährige Rückwirkung der Entscheidung.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte am 30. Oktober 2014 in der Frage der altersdiskriminierenden Besoldung zwar eine Altersdiskriminierung festgestellt, aber darüber hinaus entschieden, dass für sächsische Beamte kein Anspruch auf höhere Besoldung besteht, sondern allenfalls eine Entschädigung zu zahlen sei. Nach Ansicht des Gerichts habe der Freistaat mit dem Gesetz zur Neuordnung des Dienstrechtes rückwirkend ab dem 1. September 2006 das altersdiskriminierende Stufensystem durch ein neues Erfahrungsstufensystem ersetzt.

Da das Gesetz aber erst am 1. Januar 2014 in Kraft trat ergibt sich somit ein Rückwirkungs-

zeitraum von über sieben Jahren. „Eine diskriminierende Regelung kann nach unserem Verständnis nicht dadurch aus der Welt geschaffen werden, dass man sie rückwirkend außer Kraft setzt“, sagte der sbb Chef Gerhard Pöschmann.

„Es ist für uns eine Frage des demokratischen Verständnisses, dass angefochtene Regelungen nicht rückwirkend dahingehend geändert werden können, dass eingelegte Rechtsmittel plötzlich ins Leere laufen.“ Gegen die altersdiskriminierenden Regelungen habe es circa 4.000 Klagen gegeben und auch jetzt lägen noch 5.500 Widersprüche dazu „auf Eis“.

(07/01/15)

dbb Hessen protestiert gegen Einsparvorhaben des Landes

(dbb) „Ich sehe frostige Zeiten auf den öffentlichen Dienst in Hessen zukommen“, sagte die Vorsitzende des dbb Hessen, Ute Wiegand-Fleischhacker, am 2. Januar 2014 in Frankfurt. „Der vorliegende Haushaltsentwurf und die geplanten Änderungen des Beihilferechts werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Hessen erneut Sonderopfer zur Sanierung des Staatshaushaltes abverlangen.“ Das werde der dbb Hessen nicht tatenlos hinnehmen.

„Im Verhältnis der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu ihrem Dienstherrn kehrt Eiszeit ein“, begründete Wiegand-Fleischhacker eine erste Maßnahme des dbb Hessen in diesem Zusammenhang. „Wir werden mit einer Plakat- und Postkartenaktion unseren Unmut äußern. Als Symbol für die angebrochene Eiszeit haben wir dem Hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier einen Pinguin zugesendet, der ihn an die frostigen Zeiten in der Staatsverwaltung erinnern soll.“

Die Landesvorsitzende verwies darauf, dass der Haushalt keine Vorsorge für Gehalts- beziehungsweise Besoldungserhöhungen erkennen lasse. Die drastische Einsparung von 1.800 Stellen in der Landesverwaltung in den nächsten Jahren werde zu einer erneuten Arbeitsverdichtung führen, die zu Lasten der Gesundheit der Menschen gehe. „Und das obwohl zum Beispiel die Beamten mit der 42-Stunden-Woche Spitzenreiter in der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst in Deutschland sind.“
(08/01/15)

Thüringen: tbb trifft Ministerpräsident Ramelow zum Auftaktgespräch

Die Landesleitung des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen hat sich am 6. Januar 2015 mit dem neugewählten Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu einem Auftaktgespräch in der Staatskanzlei in Erfurt getroffen. Dabei ging es insbesondere um die Zusammenarbeit zwischen dem tbb und der neuen Landesregierung. Der Landeshauptvorstand des tbb hatte seine Vorstellungen zur Entwicklung des öffentlichen Dienstes in Thüringen bereits in die Koalitionsverhandlungen eingebracht.

„Wir sehen der Zusammenarbeit mit der neuen Landesregierung mit einigen Erwartungen entgegen. Eine beachtliche Zahl an Aufgaben wird eine intensive Zusammenarbeit zwischen tbb und Landesregierung erforderlich machen“, sagte der tbb Vorsitzende Helmut Liebermann. Ramelow betonte, dass die zwischen tbb und DGB einerseits und der Vorgänger-Landesregierung andererseits abgeschlossene Beteiligungsvereinbarung weiterhin gelten solle. „Die Forderungen des tbb wurden vor der Formulierung der Koalitionsvereinbarung gründlich zur Kenntnis genommen und sind in die Überlegungen der Regierungsfractionen eingegangen. Sie werden an der jeweils aktu-

ellen Stelle in der Politik der Landesregierung wieder aufgegriffen und ohne Tabus diskutiert“, erklärte der Ministerpräsident.

Angesprochen auf das aktuelle Thema des Lehrermangels an Thüringer Schulen positionierte sich Bodo Ramelow: „Wir wollen Lehrerinnen und Lehrern bestmögliche Beschäftigungsbedingungen anbieten. Dafür wird das Bildungsministerium alle Möglichkeiten prüfen, um die Attraktivität des Lehrerberufs in Thüringen zu steigern. In diese Überlegungen wird auch eine mögliche Wiedereinführung der Verbeamtung einbezogen.“
(09/01/15)

dbb rheinland-pfalz: Der öffentliche Dienst muss attraktiver werden

(dbb) Der dbb rheinland-pfalz hat von den öffentlichen Arbeitgebern mehr Anstrengungen gefordert, um für Bewerber attraktiver zu werden. Die Landesvorsitzende Lilli Lenz sagte am 14. Januar 2015: „Der öffentliche Dienst muss unbedingt seine Anziehungskraft erhöhen, um wirksam Fachkräftegewinnung betreiben zu können. Wichtigste Stellschraube dafür ist die Bezahlung.“

Sollte nicht schnellstens gehandelt werden, gebe es keine erfahrenen und hochqualifizierten Experten mehr im öffentlichen Dienst. „Mit den Konsequenzen muss dann der Bürger leben: „Sinkende Qualität, verzögerte Dienstleistung, verlängerte Wartezeiten bis hin zur Gefährdung wichtiger, dringender Projekte“, machte Lenz deutlich.

Die Liste der vom Land und den Kommunen dringend gesuchten Spezialisten werde immer länger. Personal aus einstellungstarken Jahrgängen ginge bald in den Ruhestand. Mit min-

destens 20.000 Abgängen sei in den nächsten Jahren auch in Rheinland-Pfalz zu rechnen – bei gegenwärtig etwa 160.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landes- und Kommunaldienst insgesamt.

Lenz forderte, dass die öffentlichen Arbeitgeber mehr Kreativität bei der Mitarbeitergewinnung entwickeln sollten. So solle es „viel mehr Werbung für die Vielfalt an interessanten und verantwortungsvollen Berufen im öffentlichen Dienst“ geben.
(10/01/15)

BDZ: Mehr Personal für Kontrolle des Mindestlohns

(dbb) Nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 hat der BDZ (Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft) den Personalmangel in der für die Kontrollen zuständigen Finanzkontrolle Schwarzarbeit beklagt. BDZ-Bundesvorsitzender Dieter Dewes bekräftigte am 5. Januar 2015 im Interview mit dem Fernsehsender „RTL“ seine Forderung nach der Einstellung von zusätzlichem Personal, damit die Einhaltung des Mindestlohngesetzes flächendeckend wirksam kontrolliert werden könne.

Für den Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit wurden zwar 1.600 neue Stellen geschaffen. Diese Zahl hält der BDZ jedoch nicht für ausreichend. Denn aufgrund der zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Neuregelungen muss der Zoll rund fünf Millionen Beschäftigungsverhältnisse mehr im Blick haben als bisher.

Seit die Pläne zur Einführung des Mindestlohns bekannt wurden, hatte Dewes die gewerk-

schaftliche Forderung nach der Einstellung von bis zu 2500 weiteren Beschäftigten erhoben. Aus Sicht des BDZ kommt es entscheidend auf die flächendeckende Präsenz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit an, von der abschreckende Wirkung ausgehen müsse. Ohne wirksame Kontrolle sei das Mindestlohngesetz nichts wert, betonte Dewes.
(11/01/15)

DPoIG-Chef Wendt fordert Investitionen bei den Sicherheitsbehörden

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat am 29. Dezember 2015 ein Ende der Sparpolitik und massive Investitionen bei den Sicherheitsbehörden gefordert. Vor allem die Bundesländer seien aufgefordert, ihre Pläne zum Personalabbau fallen zu lassen. „Der Personalabbau in der Polizei hat bereits jetzt zu massiven Problemen in der täglichen Einsatzbewältigung geführt und bringt uns in besonderen Einsatzlagen immer wieder an den Rand der Handlungsfähigkeit.“

Gerade solche besonderen Einsatzsituationen seien angesichts zunehmender Spannungen in der Gesellschaft vermehrt zu erwarten. „Wenn im kommenden Jahr der Zulauf zu Pegida und anderen islamfeindlichen Gruppen zunimmt und diese auf radikale Linke Gewalttäter treffen, steht die Polizei wie immer dazwischen“, erklärte Wendt. Dies könne zu lebensgefährli-

chen Situationen für die Einsatzkräfte führen. „Da müssen dann nur noch ein paar andere Einsatzeinsätze dazukommen und die Lage wird für die Polizei unkontrollierbar.“ Notwendig sei eine Stärkung der Bereitschaftspolizeien, eine Verbesserung der Schutzausstattung der Einsatzkräfte sowie den Fuhrpark auf den neues-

ten Stand zu bringen, um die Kräfte flexibel einsetzen zu können.

(12/01/15)

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert mehr Streifen an Bahnhöfen

(dbb) Die Deutsche Bahn plant, 100 zusätzliche Bahnhöfe mit Videokameras auszustatten. Dazu erklärte der zweite Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Hans-Joachim Zastrow am 29. Dezember 2015: „Das Sofortprogramm der Deutschen Bahn ist ein Fortschritt, aber kein Allheilmittel zur Bekämpfung der Kriminalität auf den Bahnhöfen und Stationen.“ Wichtig sei, dass ausreichend Streifen der Bundespolizei präsent seien.

Die Deutsche Bahn reagiere offensichtlich darauf, dass die Bundespolizei sich aufgrund des Personalmangels über die Jahre immer mehr aus der Fläche zurückgezogen habe und immer weniger Kontrollstreifen in den kleineren Bahnhöfen und auf den Bahnstationen durchgeführt werden könnten. Die Bundespolizeiinspektionen seien häufig gezwungen, die Kräfte in den fahrgastintensiven größeren Bahnhöfen zu zentrieren. Zastrow: „Im Gegenzug entsteht in der Fläche Raum für kriminelle Taten.“

Eine intensivere Videoausstattung gerade in Bahnhöfen der Fläche gebe den Reisenden ohne Zweifel mehr Sicherheit und wirke auch vorbeugend gegen Gewaltübergriffe. Die Video-Technik werde aber nie Polizeistreifen ersetzen können. Wo ein Reisender Hilfe brauche, müsse die Bundespolizei auch in der Lage sein, zeitnah helfend eingreifen zu können. „Davon sind wir im Regelfall leider weit entfernt“, sagte Zastrow.

(13/01/15)

VBE: Handschrift muss im Lehrplan bleiben

(dbb) „Die Einübung von Handschrift in der Grundschule darf nicht zur Disposition gestellt werden“, sagte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, am 7. Januar 2015. „Ich halte gar nichts davon, das Schreiben per Hand durch das Tippen auf der Tastatur zu ersetzen. Den Kindern darf unter dem Dach der Schule auf keinen Fall eine Beschränkung ihrer motorischen Fähigkeiten zugemutet werden.“

Es sei nicht zuletzt durch die Erkenntnisse der Hirnforschung erwiesen, so Beckmann, dass eigene handschriftliche Darlegungen das Lernen der Kinder befördern. Eine entsprechende Entscheidungen in Finnland und den USA, den Handschrifterwerb aus dem Schulstoff zu verbannen, solle für Deutschland kein Vorbild sein. Beckmann weiter: „Hier geht es nicht vordergründig um die Rettung des Kulturguts Handschrift. Es muss uns um die Entwicklung

der motorischen und geistigen Fähigkeiten der Kinder gehen. Bessere Lesbarkeit, die nur technisch erzeugt wird, taugt deshalb nicht als Lernziel in der Schule. Im Gegenteil muss Schule auch weiterhin jedem Kind die nötige Zeit geben, sich den Mühen der Handschrift zu unterziehen. Wenn diese Basisfertigkeit sitzt, fällt das Tastaturschreiben übrigens auch leichter.“

(14/01/15)

VDR begrüßt Pläne zur Stärkung der Beruflichen Bildung

(dbb) Der Verband Deutscher Realschullehrer hat am 14. Januar 2015 die Pläne der neuen Präsidentin der Kultusministerkonferenz zur Stärkung der Beruflichen Bildung begrüßt. Die Präsidentin, die sächsische Staatsministerin Brunhild Kurth, erklärte bei ihrem Amtsantritt am selben Tag in Berlin, neben der Beruflichen Bildung wolle sie einen weiteren Schwerpunkt ihrer Arbeit auf ein klares Konzept zur individuellen Förderung aller Schülerinnen und Schüler legen. Dabei müsse das Augenmerk auch auf die Leistungsstärksten und die Schüler mit erhöhtem Förderbedarf gerichtet werden.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, sagte: „Die Berufliche Bildung braucht dringend ein besseres Image in der Gesellschaft. Wer eine duale Ausbildung in Deutschland absolviert hat, muss sich nicht verstecken. Jeder junge Mensch muss seinen individuellen Weg zum persönlichen Glück finden – egal ob mit Abitur oder über die Berufliche Bildung.“

Nur wenn die Berufliche Bildung gesellschaftlich wertgeschätzt werde, könne man den immer größer werdenden Bedarf an Fachkräften

decken, so Böhm. „Das funktioniert aber nur, wenn wir die Übergänge und die Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter optimieren und den jungen Leuten zeigen: Euch stehen alle Wege offen, ihr habt immer die Möglichkeit euch weiterzuentwickeln.“ Auch das Konzept zur Förderung leistungsstarker Schüler sieht der VDR-Vorsitzende positiv: „Wir müssen an den Schulen mehr Freiräume zur individuellen Betreuung schaffen und differenzierte Bildungskonzepte anbieten, die stärkere Schüler genauso fördern wie die schwächeren.“ (15/01/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) „Fremdenhass und Intoleranz sind mit uns nicht zu machen“, sagte **Roland Staudé**, Vorsitzender des DBB NRW, am 9. Januar 2015. Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen beobachtet mit Sorge die wöchentlichen Kundgebungen der „Pegida“ in Dresden. „Religionsfreiheit und das Grundrecht auf Asyl stehen für uns nicht zur Disposition. Im Zuge einer immer weiter fortschreitenden Globalisierung müssen wir ein Leitbild für gelingende Integration im Sinne einer Willkommenskultur entwickeln. Dazu brauchen wir dringend einen gemeinsamen Dialog und keine Konfrontation der verschiedenen Gruppierungen auf der Straße“, so der Vorsitzende des DBB NRW.

Die **komba gewerkschaft** ruft zur Teilnahme an Gegendemonstrationen gegen „Pegida“ auf. „Hinter Pegida verbirgt sich nichts anderes als der Versuch des braunen Mobs, Einfluss bis in die Mitte der Gesellschaft zu gewinnen“, sagte Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender der komba gewerkschaft und Landesvorsitzender der komba gewerkschaft nrw am 5. Januar 2014 in Berlin. Sein Stellvertreter in Nordrhein-Westfalen, Andreas Hemsing, ergänzt: „Wir müssen die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen, uns aber klar gegen jede Form von Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus positionieren.“

In der ersten Verhandlungsrunde für die rund 4.800 Arbeitnehmer im Postbank Filialvertrieb hat der Arbeitgeber am 9. Januar 2015 in Bonn der aus **DPVKOM, DBV und komba gewerkschaft** bestehenden Tarifgemeinschaft noch kein Angebot unterbreitet. Die Gewerk-

schaften fordern unter anderem eine Lohnerhöhung um 4,5 Prozent (mindestens jedoch 100 Euro mehr) sowie eine Verlängerung des Schutzes vor betriebsbedingten Beendigungskündigungen bis zum 31. Dezember 2020. Die nächsten beiden Verhandlungsrunden sind für Mitte Februar und Anfang März geplant.

Die **DPolG Bundespolizeigewerkschaft** fordert von Bundesinnenminister Thomas de Maizière ein neues Anti-Terror-Paket für die Bundespolizei. Die Mindestanforderungen seien unter anderem mehr Planstellen im Personalhaushalt, die Verbesserung der persönlichen Schutzausstattung sowie die Entprivatisierung der Luftsicherheitsaufgaben. „Das bloße zur Schau stellen schwer bewaffneter Bundespolizisten auf den großen Bahnhöfen und Flughäfen unter gleichzeitiger Vernachlässigung der übrigen Aufgaben kann nicht der Weisheit letzter Schluss sein.“, so Ernst G. Walter, Vorsitzender der DPolG Bundespolizeigewerkschaft. „Unsere Bundesregierung muss jetzt ganz schnell ein Paket schnüren, das die Bundespolizei sowohl personell als auch materiell wieder in die Lage versetzt ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben lückenlos zu erfüllen.“

Die **Landesfrauenvertretung des dbb brandenburg** veranstaltet am Freitag, den 13. Februar 2015 um 15:00 Uhr in der Geschäftsstelle des dbb brandenburg ihre Vollversammlung. Anlass der Versammlung ist insbesondere die Wahl einer neuen Frauenvertretung des dbb brandenburg. (16/01/15)